



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 315 / 2012

Kiel, Freitag, 24. August 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Innen und Recht / Meldewesen

Wolfgang Kubicki: Regelung nicht weiter auf die lange Bank schieben

In seiner Rede zu **TOP 33** (Fortentwicklung des Meldewesens) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Mit dem vorliegenden Antrag wurde der Wunsch weiter Teile der Bevölkerung inklusive seiner Politiker aufgegriffen. Es herrscht weitgehend Konsens darüber, die sogenannte Widerspruchsregelung bei der Datenweitergabe zu Werbezwecken und an Adresshändler durch eine Einverständnissregelung – wie sie in der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung vorgesehen war – zu ersetzen.“

Der Schutz von persönlichen Daten steht vielfach in einem Spannungsfeld zwischen dem berechtigten Schutzinteresse und der Notwendigkeit, auf Daten im Rahmen von strafrechtlichen Verfahren oder zur Sicherung von rechtlichen Ansprüchen zugreifen zu müssen. Gegen die immer schnellere, schleichende und ansonsten fast unbemerkte Datensammelwut regt sich sonst, leider, nur vereinzelt Widerstand. Viele geben heute sorglos persönliche Daten preis – sei es via Facebook, Smartphone oder ähnlichem.

Die Empörung der Öffentlichkeit über dieses Gesetz ist ein Lichtblick für den Datenschutz und schärft hoffentlich weiter unser Bewusstsein, sparsam mit der Weitergabe unserer Daten umzugehen.

Seit 2006 wird nun versucht, eine Regelung zu finden. Wir sollten es nicht weiter auf die lange Bank schieben. Unser aller Ziel muss es sein, schnellstmöglich die vielfach kritisierten Mängel dieses Gesetzes – insbesondere hinsichtlich der Datenweitergabe an Adresshändler und für Werbung – zu beheben.“

www.fdp-sh.de